

1932/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Schweitzer, Ing. Reichhold, Böhacker und Kollegen haben am 18. 2. 1997 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 2007/J betreffend "Privatisierung des Umweltbundesamtes" gerichtet. Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit - in Kopie beigezeichnete Anfrage beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

ad 1 bis 7

In Fortführung der Umstrukturierungsmaßnahmen in der Zentralstelle und in Umsetzung des Budgetprogramms der Bundesregierung von 1996 - 2000, wird auch für das Umweltbundesamt als nachgeordnete Dienststelle des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie eine Organisationsanalyse erstellt. Die genauen Modalitäten sind derzeit auf Basis des Schlußberichtes der mit der Umstrukturierung beauftragten Beratungsfirma "Fokus" in Ausarbeitung und werden demnächst im Zuge eines allgemeinen Begutachtungsverfahrens zur Novellierung der betroffenen Gesetzesmaterie einer genauen Prüfung unterzogen. Generell soll vorweg festgehalten werden, daß die Absicht besteht, Teile des Umweltbundesamtes auszugliedern und keine Privatisierung vorzunehmen.

Ich ersuche daher um Verständnis, daß ich vor Abschluß des Begutachtungsverfahrens zu den Details der gegenständlichen Anfrage nicht Stellung nehmen kann, möchte aber darauf hinweisen, daß der geplanten Organisationsänderung eine für

den öffentlichen Dienst immer wieder geforderte Effizienzsteigerung sowie eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Personalressourcen zugrunde gelegt wird.

ad 8

Im August des Vorjahres wurde im Hinblick auf eine Effizienzsteigerung eine Umstrukturierung der Umweltsektionen vorgenommen und diese im März 1997 im Jugend- und Familienbereich fortgesetzt. Im Bereich der Zentralstelle sowie im Umweltbundesamt konnten von 1995 auf 1996 12 Planstellen eingespart werden.

ad 9 bis 10

Unvorgreiflich der Tatsache, daß Teile ausgegliedert werden sollen, kann jetzt schon festgestellt werden, daß davon keinesfalls die behördliche Umweltkontrolle betroffen sein wird.

ad 11 bis 14

Ich werde mich hiebei an die Beschlüsse der Bundesregierung zur Personalbewirtschaftung halten.